

1 Beschluss des SPD-Parteivorstandes bei der Klausur am 17./18. Januar 2016

2

3

4

Gerechte Ordnung auf dem Arbeitsmarkt – Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen stoppen

5

6

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

Unser Land ist ökonomisch gut aufgestellt. Der wirtschaftliche Erfolg unseres Landes basiert auf gut ausgebildeten Beschäftigten, guten Produkten und Dienstleistungen sowie einem hohen Maß an sozialem Frieden. Dies alles kommt nicht von selbst.

Unsere Erfolge sind das Ergebnis von klaren und gerechten Spielregeln für die wirtschaftlichen Prozesse und guten Arbeitsbedingungen in der sozialen Marktwirtschaft.

Zentrale Pfeiler dieses deutschen Erfolgsmodells der sozialen Marktwirtschaft sind: die mit dem Tarifvertragsgesetz geregelte Tarifautonomie, die sozialen Sicherungssysteme, welche Schutz bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und im Alter bieten, und die Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Betrieb und im Unternehmen.

Das Modell der sozialen Marktwirtschaft war immer auch deshalb erfolgreich, weil ökonomisch notwendige Flexibilität und Sicherheit für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zwei Seiten der gleichen Medaille waren. Dieses Modell hat Risse bekommen.

Die Tarifbindung ist dramatisch gesunken. Nur noch rund 58 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer arbeitet in einem tarifgebundenen Betrieb. Verantwortlich ist die Tariffucht vieler Arbeitgeber, die entweder ihren Arbeitgeberverband verlassen haben oder sich der Tarifbindung über eine so genannte OT-Mitgliedschaft (ohne Tarifbindung) entziehen.

Der Niedriglohnsektor ist in den letzten Jahrzehnten deutlich angewachsen. Die Zahl atypischer und prekärer Beschäftigungsverhältnisse hat zugenommen. Insbesondere über Leiharbeitsverhältnisse und dubiose Werkvertragskonstruktionen werden mehr Menschen beschäftigt. Damit wird in Betrieben eine zweite Lohnstruktur eingeführt, die zum Teil weit unter den geltenden Tarifverträgen liegt.

Diese Entwicklungen gefährden das Erfolgsmodell der sozialen Marktwirtschaft. Sie haben Auswirkungen weit über die unmittelbar Betroffenen hinaus bis in die Mittelschichten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Der über Leiharbeit oder Werkvertrag eingestellte Kollege, der die gleiche Arbeit für deutlich weniger Lohn machen muss, ist immer auch ein erhebliches Drohmittel. Die Prekarisierung hat den Druck auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Mittelschichten deutlich erhöht. Die gesellschaftliche (Arbeitnehmer-)Mitte verdient erstmalig weniger als die Hälfte der Markteinkommen.

45

46 Die SPD hat deshalb dafür gesorgt, dass diese Entwicklung korrigiert wird.

47

48 Mit dem **gesetzlichen Mindestlohn** haben wir ein Stoppschild gegen extremes
49 Lohndumping gesetzt. Ein Jahr nach seiner Einführung ist sich die Fachwelt einig: der
50 Mindestlohn ist ein großer Erfolg. Sämtliche im Vorfeld verbreiteten Horrorszenarien
51 sind nicht eingetreten. Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige
52 Beschäftigung bewegen sich weiter auf Rekordniveau. Der Mindestlohn hat zusammen
53 mit guten Tarifabschlüssen der Gewerkschaften große stabilisierende Wirkung auf die
54 Konjunktur. Die gute Binnennachfrage ist Motor der konjunkturellen Entwicklung in
55 unserem Land.

56

57 Mit dem **Tarifautonomiestärkungsgesetz** haben wir die Möglichkeiten verbessert,
58 Tarifverträge für allgemein verbindlich zu erklären. Das hilft den Beschäftigten, denn
59 die Arbeitsbedingungen sind mit Tarifvertrag besser als ohne. Und es hilft den
60 Unternehmen, die sich in einen fairen Wettbewerb begeben.

61

62 Mit der Reform des **Vergabegesetzes** haben wir erstmals festgelegt, dass soziale und
63 ökologische Kriterien bei der Ausschreibung öffentlicher Aufträge berücksichtigt
64 werden sollen. Verstöße gegen das Arbeits-, Sozial- und Umweltrecht können zum
65 Ausschluss vom Vergabeverfahren führen. Damit vollziehen wir im Bundesrecht nach,
66 was wir in allen sozialdemokratisch geführten Landesregierungen mit Tariftreue- und
67 Vergabegesetzen bereits angestoßen haben.

68

69 Zur Wiederherstellung einer gerechten Ordnung auf dem Arbeitsmarkt gehört auch,
70 dass der Missbrauch von **Leiharbeit und Werkverträgen** zu Lohndumping beendet wird.
71 Dazu haben wir im Koalitionsvertrag eine klare Verabredung getroffen.

72

73 Das Ziel des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes war und ist, den Unternehmen
74 insbesondere für die Abdeckung von Auftragsspitzen oder beim vorübergehenden
75 Ausfall von Beschäftigten Flexibilität zu ermöglichen. Ziel war aber nie, dass Leiharbeit
76 dauerhaft und zum Teil in hohem Maße in einem Betrieb eingesetzt wird und damit
77 Teile der bisherigen Stammebelegschaften verdrängt werden. In den letzten Jahren
78 wurde die Deregulierung vermehrt genutzt, um Tarifverträge zu umgehen und eine
79 zweite, niedrigere Tarifstruktur zu implementieren. In den letzten Jahren gab es einige
80 Fortschritte. Für die Leiharbeitsbranche wurde ein tariflich vereinbarter Mindestlohn
81 umgesetzt und für allgemein verbindlich erklärt und viele DGB-Gewerkschaften haben
82 tarifliche Zuschläge, zeitlich gestaffelt nach Beschäftigungsdauer, für
83 Leiharbeitnehmer durchgesetzt. Gleichwohl sind gesetzliche Regelungen für die
84 Bereiche notwendig, wo tarifliche Regelungen nicht gelten. Dies betrifft vor allem den
85 Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, eine Höchstüberlassungsdauer und die
86 Verhinderung des Einsatzes von Leiharbeitnehmern als Streikbrecher, wie insbesondere
87 die Vorgänge in der Tarifauseinandersetzung bei der Deutschen Post im Sommer 2015
88 wieder gezeigt haben.

89

90 Werkverträge sind aus der heutigen spezialisierten und arbeitsteilig organisierten
91 Praxis der Betriebe und Unternehmen in Deutschland nicht wegzudenken. Nicht jedes
92 Unternehmen kann sämtliche für die Erreichung seines Betriebszweckes notwendigen
93 Gewerke und Leistungen im eigenen Betrieb herstellen oder personell vorhalten. Das,
94 was in den Unternehmen nicht vorhanden ist und nur gelegentlich gebraucht wird,
95 muss über einen Werkvertrag „eingekauft“ werden.

96
97 Aus vielen Branchen gibt es jedoch Rückmeldungen, dass verstärkt Werkverträge als
98 Alternative zu Leiharbeit eingesetzt werden. Offensichtlich führten die ersten
99 Regulierungen bei der Leiharbeit dazu, dass Arbeiten, die bisher über Leiharbeit erledigt
100 wurden, nun über Werkverträge organisiert werden. Ziel ist in der Regel,
101 Personalkosten zu sparen und Tarifverträge zu umgehen. Regulär Beschäftigte werden
102 dadurch verdrängt. Dies wollen wir insbesondere durch die Abschaffung der
103 sogenannten „Vorratsverleiherlaubnis“, die gesetzliche Festschreibung der
104 Abgrenzungskriterien zwischen Leiharbeit und Werkverträgen sowie die Stärkung und
105 gesetzliche Definition der Informationsrechte des Betriebsrates verhindern.

106
107 Der SPD-Parteivorstand begrüßt deshalb den Gesetzentwurf von
108 Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles, der die Verabredungen getreu dem
109 Koalitionsvertrag umsetzt.

110
111 Wir setzen das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ um. Wir sorgen dafür, dass
112 Leiharbeit ein vorübergehendes Instrument der Personalpolitik ist und nicht zum Ersatz
113 der Stammebelegschaft genutzt wird. Gleichzeitig muss es Ziel sein, dass mit einer
114 klaren Definition des Werkvertrags nicht andere Wege des Sozialdumpings genutzt
115 werden.

116
117 Wir werden Leiharbeit und Werkverträge nicht abschaffen. Beides sind notwendige
118 Instrumente für die Abdeckung von Auftragsspitzen und/oder der Vergabe von
119 Tätigkeiten, die sonst im Betrieb nicht erledigt werden können. Wenn diese
120 Instrumente aber offensichtlich zum Zwecke der Umgehung von Tarifverträgen und zu
121 Lohndumping missbraucht werden, muss die Politik einschreiten und die gesetzlichen
122 Rahmenbedingungen konkretisieren und verändern.

123
124 Der Gesetzentwurf wurde im intensiven Dialog mit den Sozialpartnern erarbeitet. Es ist
125 auch ein Ergebnis dieses Dialogs, dass tarifvertragliche Vereinbarungen Bestand haben
126 und maßvolle Abweichungen von den gesetzlichen Vorgaben möglich sind, wenn
127 Schutz durch Tarifverträge besteht. Dies stärkt zusätzlich die Tarifautonomie.

128
129 Der SPD-Parteivorstand erwartet, dass die Union die Verabredungen des
130 Koalitionsvertrages einhält. Die Vereinbarungen sind ein Kompromiss, der nach langer
131 Diskussion entstanden ist. Auch die SPD hatte weitergehende Ziele, insbesondere die
132 deutlichere Stärkung der Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmerinnen und
133 Arbeitnehmer beim Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen. Gleichwohl setzen wir
134 den Koalitionsvertrag jetzt so um, wie es verabredet wurde. Die derzeitige

135 Blockadehaltung aus der Union zum Gesetzentwurf ist eine ernsthafte Belastung für
136 die weitere vertrauensvolle Zusammenarbeit in der Koalition und muss sofort beendet
137 werden.